

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz Gemeindevorstands-Girokonto: Bad Schandau 36 — Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau — Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis halbjährlich ins Haus gebracht 90 Gold-Msg., für Selbstabholer 80 Gold-Msg. Einz. Nummer 10 Gold-Msg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt den Bezahler nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Ausbruch der Lieferung der Zeitung



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Diele — Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in Goldmark): die 7 gelbte 35 mm breite Zeile 15 Pf., für auswärtige Antragsgeber 20 Pf., 85 mm breite Reklamazeile 80 Pf., Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt

Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Nr. 234

Bad Schandau, Montag, den 6. Oktober 1924

68. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Nach ausländischen Meldungen sei der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vor Dezember vorgesehen.

* Reichsinnenminister Dr. Jarres will zurücktreten und sein Duisburger Oberbürgermeisteramt wieder übernehmen.

* Die Unterzeichnung der Verträge über die Aufhebung der deutschen 800-Millionen-Anleihe ist vor Mitte Oktober zu erwarten.

* König Hussein von Hedschas, der Großsultan von Mekka, hat wegen innerer Unruhen abgedankt.

Parteitaktik.

Über die innerpolitische Lage, wie sie sich zurzeit darstellt, wird von parlamentarischer Seite aus Berlin geschrieben:

„Sie können zusammen nicht kommen, die Wasser sind allzu tief.“ Dieser etwas variierte Vers aus den „Königskindern“ paßt gut auf die politische Situation des Augenblicks oder vielmehr der Zeit bis zum nächsten Mittwoch, an dem die verschiedenen Parteien beraten wollen. Nachdem nämlich der Kanzler mit den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen Besprechungen zwecks Umbildung und Erweiterung der Regierungskoalition gehabt hat, Besprechungen, die praktisch völlig ergebnislos verlaufen sind, für das Ziel, das sich der Kanzler gesteckt hatte, nämlich die „Volksgemeinschaft“, also die Koalition von Herzt bis Hilsbering, kann Dr. Marx das Resultat all dieser Besprechungen in den oben zitierten Vers aufzusammenfassen.

Der Kanzler hat das Menschenmögliche versucht; aber gegen Parteiprogramme kämpfen Götter selbst vergebens. Außerdem ist eine gemeinsame Plattform für diese Volksgemeinschafts-idee des Kanzlers schon deswegen eine Unmöglichkeit, weil die Sozialdemokratie Neuwahlen will und ihre Taktik darauf einstellt. Die Anfragen, die sie an die Deutschnationalen gerichtet wissen will, sind von einer Art, daß selbst die Regierung eine klare Stellungnahme beispielsweise zu der Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens für den Achtstundentarbeitstag ebensowenig zustandebringen könnte wie über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Über aber andere Fragen der künftigen auswärtigen Politik. Gerade aber der Achtstundentag soll für die Sozialdemokratie die Hälfte der Wahlparole abgeben, mit der sie etwa bevorstehende Neuwahlen machen will. Die andere Hälfte soll der Forderung gegen die Agrarschutzölle abgeben. Wenn es gelingt, den Deutschnationalen die Schuld für das Scheitern der Verhandlungen auf die Schultern zu legen, dann hofft man, daß dem Kanzler als einziger Ausweg nur noch Neuwahlen offenstehen, bei denen man in der sozialdemokratischen Partei die Niederlage vom 4. Mai besonders den Kommunisten gegenüber wieder wettmachen kann.

Die Regierung, also die Koalitionsparteien der Mitte, ist in einer verzwickten Lage. Die Deutsche Volkspartei hat sich durch ihr Schreiben vom 28. August festgelegt auf eine Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts. Die grundsätzliche, allerdings durch die Stellung gewisser Bedingungen belastete Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten, bei der Regierung mitzumachen, hat also eine ganz neue Situation geschaffen. Ein gemeinsames Arbeiten von Deutschnationalen und Sozialdemokraten in demselben Kabinett ist aber praktisch ausgeschlossen, so daß die Deutsche Volkspartei nun entweder die Sozialdemokraten abweisen oder ihrem Versprechen vom 28. August untreu werden müßte. Auch im Zentrum, wo weite Kreise mehr zu einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten hinneigen als mit den Deutschnationalen, ergibt sich doch auch eine sehr starke und einflussreiche Richtung, die an der Heranziehung der Deutschnationalen festhält. Auch in der Demokratie ist der Wille, die Deutschnationalen nach wie vor anzuschließen, nicht so unbedingt, wie ihre Presse es verkündigt. Von Neuwahlen versprechen sich diese Parteien und damit die Regierung nicht viel, sicherlich nichts Entscheidendes. Man hat keine Wahlparole. Man hat aber auch bei den Deutschnationalen, also der Opposition, keine Wahlparole. Kurz, man weiß überhaupt nicht, was man machen soll. Falls man die Deutschnationalen trotz ihres Entgegenkommens, das im Beschluß der Parteivertretung vom 30. September zum Ausdruck kam, von der Teilhaberschaft an der Regierung nach wie vor ausschließen will, etwa dadurch, daß man an sie die Frage stellt: „Wie sieht Ihr Euch zu der bisherigen Politik des Kabinetts Marx? Billigt Ihr sie?“ so hat man dort mit schärfster Opposition zu rechnen, die vor allem auch in einem Wechsel in der Person des Parteivorstehenden zum Ausdruck kommen und an diese Stelle einen Vertreter der schärfsten Tonart bringen soll. Dann hat die Regierung auf der rechten die schärfste Opposition und ist zur Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit auf die Sozialdemokratie angewiesen, die sich ihre Zustimmung zur Regierungspolitik naturgemäß teuer bezahlen lassen wird. Und das kann wieder die Deutsche

Richtlinien des Kanzlers

Marx will Volksgemeinschaft.

Berlin, 4. Oktober.

Reichskanzler Marx hat, wie man erfährt, gemäß einer bei der Aussprache mit den Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei geäußerten Absicht, bestimmte Richtlinien für die Führung der äußeren und inneren Politik entworfen. Diese Richtlinien sollen die Grundlage für die Zusammenfassung der in Betracht kommenden Parteien bilden. Auf Grund dieser Richtlinien werden die Verhandlungen mit den Fraktionen weitergeführt werden.

Der Reichskanzler soll dem Vernehmen nach trotz der bisher ergebnislosen Verhandlungen nicht geneigt sein, seinen Plan der Volksgemeinschaft aufzugeben. Er wolle vielmehr an ihm festhalten bis zu dem Augenblick, wo sich die absolute Unmöglichkeit seiner Verwirklichung herausstellt. Man erhofft in Kreisen, die dem Reichskanzler nahe stehen, endgültige Klarheit in einigen Tagen, nämlich, sobald die Parteistellungen stattgefunden haben. Die Demokraten werden bereits Dienstag, Zentrum, Volkspartei und Deutschnationale voraussichtlich spätestens Mittwoch, die Sozialdemokraten Donnerstag ihre Beschlüsse fassen.

Rundgebung der Deutschen Volkspartei.

Über die Auffassung der Deutschen Volkspartei zu den Regierungsverhandlungen wird eine Erklärung ausgegeben, in der es heißt, die Verhandlungen dürften nicht durch ein „Frage- und Antwortspiel“ verzögert werden. Es müsse vielmehr sofort ein Regierungsprogramm aufgestellt werden, auf Grund dessen mit den Fraktionen zu verhandeln sei. Dann wird weiter gesagt: „Scheitert der Versuch der Bildung einer Regierung von der Deutschnationalen Volkspartei bis zur Sozialdemo-

tratie, so muß alsbald über die Hinzuziehung nur der Deutschnationalen Volkspartei verhandelt werden. Auch wir sind der Auffassung, daß deren bisherige Stellungnahme noch der Ergänzung und Klärung bedarf. Wir hoffen, daß die Deutschnationale Volkspartei in der Lage ist, ihre Mitwirkung zu dem Regierungsprogramm in loyaler Durchführung der außen- und innenpolitischen Notwendigkeiten zuzusagen. Erfüllt sich diese Erwartung, so darf die Regierungserweiterung durch ihre Zuziehung nicht an prinzipieller Ablehnung durch Fraktionen der Mitte scheitern. Angesichts der Haltung eines Teiles der Presse der Zentrumspartei und der Deutschdemokratischen Partei wird man erwarten dürfen, daß die Sitzungen der beiden Fraktionen die notwendige Klärung bringen. Auf Grund der nach den Wahlen zwischen den Fraktionen und zuletzt vom Reichskanzler geführten Verhandlungen über die Regierungsumbildung mit der Deutschnationalen Volkspartei und nach den dieser im August von Zentrumvertretern gemachten Zusagen dürfen wir bestimmt annehmen, daß die beiden Parteien sich einer Erweiterung der Reichsregierung nach rechts nicht grundsätzlich versagen. Sollte dies dennoch geschehen, so würde sich die Deutsche Volkspartei ihre Handlungsfreiheit vorbehalten.“

Dr. Jarres tritt zurück.

Dem Vernehmen nach hat Reichsinnenminister Dr. Jarres den Wunsch geäußert, sein Amt niederzulegen und den früher von ihm beklebten Posten eines Oberbürgermeisters von Duisburg wieder anzutreten. Die Befugungsbehörde hat dem Minister zwar die Einreise in das besetzte Gebiet gestattet, nicht aber die Wiederaufnahme seiner Dienstgeschäfte. Augenblicklich finden mit der Befugungsbehörde Verhandlungen über diese Frage statt, deren Verlauf als aussichtsreich bezeichnet wird.

Die neue Reichsbank.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Reichsbank am Wochenende sprach der aus London zurückgekehrte Präsident Dr. Schacht über die neuen Bestimmungen für die Reichsbank, die eine von der Reichsregierung unabhängige Bank sein wird. Es kam vor allen Dingen darauf an, dem Institut seine Selbstständigkeit zu erhalten. Das neue Kapital der Bank soll 300 Millionen Goldmark betragen. In diesem Zweck ist es notwendig, neue Anteilscheine auszugeben, um die gesetzliche Höhe zu erreichen. Das bisherige Kapital von 180 Millionen Papiermark wird im Verhältnis 2:1 zusammengelegt, so daß 210 Millionen neue Anteilscheine ausgegeben werden müssen. Dr. Schacht erklärte dabei wiederholt, daß aller Voraussicht nach in der nächsten Woche die Formalitäten der deutschen 800-Millionen-Anleihe erledigt sein werden, so daß also die Anleihe gesichert erscheint.

Neue Ermäßigungen bei der Post.

Berlin, 5. Oktober.

Die Post hat mit Wirkung vom 1. November an die Gebühren des Geldverkehrs ermäßigt. Für Postanweisungen ist wieder ein Reisebetrag festgesetzt worden, und zwar 1000 M. Die neuen Postanweisungsgebühren betragen bis 25 M. 20 Pf., bis 100 M. 40 Pf., bis 250 M. 60 Pf., bis 500 M. 80 Pf., bis 750 M. 120 Pf., bis 1000 M. 160 Pf. Im Postgeldverkehr betragen die neuen Gebühren für Einzahlungen mit Zahlliste bis 25 M. 10 Pf., bis 100 M. 20 Pf., bis 250 M. 30 Pf., bis 500 M. 40 Pf., bis 750 M. 60 Pf., bis 1000 M. 80 Pf. und bei Beträgen von mehr als 1000 M. (unbeschränkt) 1 M. Die feste Gebühr für Vorauszahlungen im Postgeldverkehr ist von 20 auf 15 Pf. ermäßigt worden. Die Anzahlungsgebühr für Postkreditbriefe ist auf die Hälfte ermäßigt. Die neue Gebühr beträgt 10 Pf. für je 100 M. des Kreditbetrages, mindestens aber 1 M. für jeden Kreditbrief.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Das Reichskabinett zur Einheitskurzschrift.

In seiner letzten Sitzung nahm das Reichskabinett mit Friedfertigkeit vom Zustandekommen der Vereinbarungen über die Einheitskurzschrift Kenntnis. Das Reichsministerium des Innern wurde ersucht, im Einverständnis mit dem Sparkommissar, der die Einführung einer einheitlichen Kurzschrift vom Standpunkt der Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung befürwortet, das Weitere zu veranlassen und zur Erleichterung der einheitlichen Durchführung Richtlinien aufzustellen.

Strafrechtliche Verfolgung der Betetei beim Anstand.

Die Regierung will jetzt den für Deutschland beschämenden Unfug der Überschwemmung des Auslandes mit

Volkspartei nicht mitmachen, deren Führer, Dr. Stresemann, von der Sozialdemokratie mit schärfstem Mißtrauen betrachtet wird.

Was soll nun geschehen? Wird die Deutsche Volkspartei ihr Wort wehr machen, daß sie die Heranziehung der Deutschnationalen in die Regierung „mit allen Mitteln“ erzwingen will? Vielleicht sogar durch „Austritt“ aus der Regierung im Reich und in Preußen? Vorläufig hat man die Entscheidung hinausgeschoben bis zur Mitte dieser Woche. Vielleicht aber kommt gar keine Entscheidung, vielleicht wird der Kanzler mit der bisherigen Koalition, die eine parlamentarische Minderheit ist, weiterregieren und es der Opposition überlassen, den Angriff zu wagen. Das aber würde bedeuten, wie aus den bisherigen Verhandlungen klar geworden, daß seine Idee der Volksgemeinschaft gescheitert ist.

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Dezember?

Genfer und Pariser Meldungen.

Nach übereinstimmenden Meldungen der Genfer und Pariser Presse rechnet man bestimmt mit einer kurzen Sondertagung des Völkerbundes im Dezember, die Deutschlands Aufnahme beschließen soll. In einigen Berliner Kreisen wird diese Ankündigung für zutreffend gehalten, während man sie an anderer Stelle für einen Verwechslungsbalkon Interessierter ansieht.

Außerungen des Reichskanzlers Dr. Marx gegenüber einem Korrespondenten des „Daily Express“ wurden an einigen Stellen dahin aufgefaßt, daß die deutsche Regierung auf ihr Memorandum zum Eintritt in den Völkerbund keine Antwort erwarte. Das ist, wie halbamtlich versichert wird, durchaus irrig. Zweck des Memorandums ist, wie der Reichskanzler dem Korrespondenten gesagt hat, der deutschen Regierung Gewißheit über einige Punkte zu verschaffen, deren Bedeutung für die Stellung Deutschlands zum Völkerbund ausschlaggebend ist. Die deutsche Regierung erwartet, daß ihre Auffassung von den im Völkerbundrat vertretenen Mächten geteilt und deren Zustimmung zum völlig gleichberechtigten Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ihr zur Kenntnis gebracht wird. Wie bekannt, sind die befragten Regierungen gebeten worden, ihre Ansicht der deutschen Regierung schriftlich mitzuteilen. Es kann daher keine Rede davon sein, daß der Reichskanzler auf das Memorandum keine Antwort erwarte.

Die Franzosen verhaften Stahlhelmente.

Neustadt, 5. Oktober. Die französische Befugungsbehörde verhaftete elf junge Leute verschiedener Berufsstände wegen Zugehörigkeit zu einer im besetzten Gebiet verbotenen Vereinigung. Sie trugen Halbkreuz- sowie Stahlhelmsymbole.